

128. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 30. November

Ilka vom Boeselager zum Haushaltsgesetz, Einzelplan 02, Kapitel Europa und Eine Welt

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Lersch-Mense, wenn ich das richtig rekapituliere, ist der Haushalt insgesamt um 2,7 Milliarden € erhöht worden. Davon haben wir jetzt für internationale Zusammenarbeit und Eine-Welt-Politik 3,9 Millionen € und für Europa 540.000 € im Haushalt stehen.

Von dem Mehr im Haushalt könnten wir also unseren Haushaltsansatz für Europa auf das 5.000-Fache erhöhen. Ich bin enttäuscht darüber, dass man nicht mehr in diesen Ansatz für internationale Zusammenarbeit und die Arbeit innerhalb Europas hineingegeben hat. Sie haben selbst in Ihrer Einführungsrede zu den europäischen und internationalen Kapiteln mit offenen Karten gespielt. Als wir nämlich in Bonn unsere Sitzung hatten, haben Sie gesagt:

- Wesentliche Unterschiede zum laufenden Haushalt gibt es nicht. Im Wesentlichen soll die Europaarbeit mit den Europaschulen – das begrüßen wir; daran haben wir gar keine Kritik – und den Kommunen fortgesetzt werden.
- Im Wesentlichen soll die Benelux-Strategie aus dem Jahr 2013 in der Folie bleiben. Im Wesentlichen wird das Regionale Weimarer Dreieck weiter eine Rolle spielen.
- Sie wollen sich auch ein bisschen Ghana widmen. Die GIZ-Förder- und Austauschprogramme sowie Konferenzen haben Sie erwähnt.

Alles zusammen ist aber nichts Neues im Westen; das muss ich Ihnen sagen. Man könnte wirklich mehr machen. Die Landesregierung köchelt lediglich ein bisschen im europäischen und internationalen Haushalt herum.

Zurzeit erleben wir die größte europäische Krise seit den Römischen Verträgen. Wir meinen, Nordrhein-Westfalen müsste mit seinen fast 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern – wenn wir ein eigenständiges Land wären, stünden wir an fünfter Stelle innerhalb Europas – noch mehr tun, Herr Minister. Gerade die junge Generation hat mit Themen wie „Binnenmarkt“ und „Friedenssicherung“ nicht viel zu tun. Die jungen Menschen interessieren sich für andere Themen.

Schließlich sind zurzeit 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Wir erleben es: Viele Menschen strömen zu uns. Wir müssen uns der Armutsbekämpfung widmen, und wir müssen etwas an unseren Grenzen tun.

Angesichts dieser Herausforderungen sind die Nachhaltigkeitsziele aus unserer Sicht nicht so definiert, wie man sie eigentlich für die Zukunft gestalten müsste. Auch die Ministerpräsidentin hat am 30. Juli 2016 im „SPIEGEL“ ihre Bereitschaft zur Korrektur signalisiert. Die Ministerpräsidentin hat gesagt: „Entscheidend ist, dass wir jetzt darrangehen, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Und wir täten gut daran, Entwicklungspolitik einen anderen Stellenwert beizumessen.“

Sie, Herr Minister Lersch-Mense, haben am 30. September 2016 im Ausschuss aufgegriffen, dass die Landesregierung die Bedeutung der Entwicklungspolitik in den letzten Jahren unterschätzt hat. Das gilt auch für die dauerhafte Begrenzung von Migrationsbewegungen und die selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des globalen Südens.

Sie haben zugesagt, dass Sie nun mehr tun wollen. Das ist auch unser Wunsch, den wir heute an Sie herantragen möchten. Lassen Sie uns in Zukunft mehr tun und uns in der Entwicklungspolitik, in der Eine-Welt-Politik und auch in Europa noch stärker engagieren.